

An den Vorsitzenden des Innen- und
Rechtsausschusses

2. Juni 2026

Vorlage für die Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses
am 3. Juni 2026

Änderungsantrag

der Fraktionen von SSW, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu Drucksache 20/28, 20/48

„Gegen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen“
Der Landtag wolle beschließen:

[Der Landtag begrüßt die Maßnahmen, die die Landesregierung bisher unternommen hat, um eine ganzheitliche Bekämpfungsstrategie gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und Missbrauchsdarstellungen zu entwickeln und auszubauen.

Teil dieser Strategie ist die Stärkung präventiver Angebote und unterstützender Strukturen für Kinder und Jugendliche, aber auch für potenzielle Täterinnen und Täter. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Strategie ist die personelle und technische Stärkung der Polizei in diesem Bereich, um eine effektive und zeitnahe Ermittlungsarbeit zu gewährleisten.

Der Landtag bekräftigt daher seine zur nachhaltigen Aufstockung von Personal- und Sachmitteln gefassten Beschlüsse der Vergangenheit. Auch in Zukunft muss es darum gehen, Straftaten dieser Art zügig aufzuklären, sie vor allem aber zu verhindern. Die Fallzahlen sind in den letzten Jahren stark gestiegen und der Kampf gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche muss weiter als Schwerpunktthema der Landespolizei gelten.

Besonders die Auswertung von sichergestellten Datenträgern gestaltet sich als sehr zeitintensiv, psychisch belastend und erfordert weiterhin große Anstrengungen.

Der Landtag bekräftigt deshalb seine Unterstützung für den eingeschlagenen Weg, die Landespolizei personell und technisch besser auszustatten sowie die Fürsorgeangebote in diesem Bereich auszubauen. Der Landtag spricht seine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landespolizei, der Justiz und den Präventionsstellen aus, die hier eingesetzt werden und wurden.

Mit den in der aktuellen Legislaturperiode bereitgestellten zusätzlichen Mitteln wurden bisher

- 1) die Ermittlungsbereiche und die IT-Forensik personell gestärkt,
- 2) die Anwendung einer KI-Auswertesoftware ausgeweitet,
- 3) Verträge mit externen Dienstleistern geschlossen, damit diese bei der Auswertung von Datenträgern entstehende Engpässe in geeigneten Fällen abfedern können,
- 4) Ermittlungsverfahren zwischen Polizei und Justiz weiter standardisiert,
- 5) die Zusammenarbeit im Rahmen der Präventionsarbeit gestärkt,
- 6) sowie die psychologische Unterstützung der Ermittlerinnen und Ermittler ausgebaut.

Dieser eingeschlagene Weg ist konsequent und notwendig. Der Landtag bekräftigt, dass der Einsatz gegen sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche nicht nachlassen darf, sondern ausgebaut werden muss.

Der Landtag spricht sich daher dafür aus, dass

- präventive Angebote und unterstützende Strukturen für Kinder und Jugendliche sowie (potenzielle) Täterinnen und Täter weiter ausgebaut werden,
- die individuelle Gesundheitsförderung und Nachsorge für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die Führungskräfte auf hohem Niveau fortgeführt werden,
- der Kampf gegen Missbrauchsdarstellungen im Netz auch weiterhin ein Schwerpunkt der Landespolizei bleibt
- und sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie Missbrauchsdarstellungen im Netz weiter konsequent verfolgt werden.

Angestrebt werden zudem

- Mehranstrengungen bei der Unterstützung der forensischen Ambulanzen,
- der weitere Ausbau der „Cyber-Hundertschaft“,
- die Etablierung eines ganzheitlichen Konzeptes zur Prävention und ein bundesweit einheitliches Vorgehen in Bezug auf Melde- und Löschprozesse in Bezug auf Missbrauchsdarstellungen.

Begründung:

Auf Grundlage der Anträge von SSW (Drs. 20/28), SPD (20/44) und CDU und Bündnis 90/ Die Grünen (20/48) hat der Innen- und Rechtsausschuss eine schriftliche wie mündliche Anhörung (19. Sitzung am 15. März 2023) durchgeführt und ein Fachgespräch im Zusammenhang mit den vorliegenden Anträgen zum Thema Kinderpornografie/ Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche unter dem Gesichtspunkt der Prävention geführt (22. Sitzung am 3. Mai 2023).

Sybilla Nitsch

Birte Glissmann

Jan Kürschner]